

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



KIEZSPAZIERGÄNGE ZU STOLPERSTEINEN

Aktivitäten im Berliner Themenjahr 2013 „Zerstörte Vielfalt“

INHALT

- 2 Editorial**
Christine Fischer-Defoy

- 4 Stolpersteine im Berliner Themenjahr 2013 „Zerstörte Vielfalt“**
Christine Kühnl-Sager

- 6 Fotografien der Novemberpogrome und die Geschichte eines jahrzehntelangen Irrtums**
Gerd Kühling

- 10 „Wieder gut?“ Zur Praxis der „Wiedergutmachung“ nach 1945 im geteilten Berlin**
Christine Fischer-Defoy

- 14 Öffentliches Erinnern an Deserteure in Berlin. Eine Initiative für eine Gedenktafel**
Michael Roeder

- 16 Rezension zu Sonja Wegner: „Zuflucht in einem fremden Land. Exil in Uruguay 1933-1945“**
Stefan Peters

- 18 Aufruf für einen Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik in Osteuropa**
Peter Jahn

- 19 Publikationen des Aktiven Museums**

- 20 Impressum**

Liebe Mitglieder und Freunde des Aktiven Museums,

In diesem ersten Rundbrief 2014 wollen wir noch einmal auf das nun vergangene Berliner Themenjahr „Zerstörte Vielfalt“ und die verschiedenen Aktivitäten unseres Vereins zurückblicken, aber auch neue Ideen vorstellen.

Das 30-jährige Jubiläum des Aktiven Museums im Juni 2013 fiel nicht zufällig mit dem Themenjahr 2013 zusammen: vor 30 Jahren erinnerten wir – mit wenig Geld, aber viel Engagement – an das damals noch unbequeme Thema des 50. Jahrestages von 1933 und galten als „Schmutzaufwirbler“. 30 Jahre später gehört das Gedenken an die Verfolgten und das Erinnern an die Täter zum Common Sense der deutschen Politik und wird entsprechend auch mit öffentlichen Mitteln gefördert. Staatssekretär André Schmitz selbst war der Initiator des Themenjahres „Zerstörte Vielfalt“, an dem sich – anders als 1983 rund 30 Organisationen aus dem linken Milieu West-Berlins – nun etwa 170 Projektpartner beteiligt haben: große Institutionen wie die Komische Oper oder die Charité ebenso wie Einzelpersonen, darunter auch viele, die vor 30 Jahren noch die Nase gerümpft hätten, mit uns zusammenzuarbeiten. Auch, was die Formen und Inhalte und die unterschiedlichen Zielgruppen betrifft, war das Themenjahr „vielfältig“. Zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen fanden Open Air im Stadtraum statt. Auch für Menschen, die sich schon lange mit der NS-Zeit in Berlin befassen, gab es Neues zu entdecken, zum Beispiel bisher vergessene Opfergruppen oder Täterorte.

Das Aktive Museum war mit zahlreichen Ausstellungen an all' dem beteiligt und wurde, so André Schmitz in seinem Glückwunsch zum 30-jährigen Jubiläum des Vereins, zu „einem der wichtigsten Projektpartner“ des Themenjahres: Bereits im Dezember 2012 eröffneten wir in Kooperation mit der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz die Ausstellung „Meine eigentliche Universität war Auschwitz“. Die Banner werden aus Anlass des 40. Todestages von Joseph Wulf ab dem 10. Oktober 2014 im Haus der Jüdischen Gemeinde in



Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. / Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin / Kulturprojekte Berlin GmbH (Hg.): Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge, Berlin 2013. 180 S. ISBN 978-3-00-043996-4.

der Fasanenstraße noch einmal gezeigt werden. Auch die Ausstellung „Letzte Zuflucht Mexiko“ startete bereits im Dezember 2012 in der Akademie der Künste Berlin und wanderte im September 2013 nach Paris ins „Maison Heinrich Heine“. „Verraten und verkauft“ über jüdische Gewerbeunternehmen machte noch einmal Station in der Schwartz'schen Villa in Steglitz, wanderte von dort im Mai 2013 in die Industrie- und Handelskammer Berlin und war dann bis Anfang Januar 2014 im Pankow-Museum zu sehen. Auf jeder dieser Stationen wurde sie um weitere bezirkliche Unternehmensgeschichten ergänzt. Diese Ausstellung wird auch in Zukunft unterwegs sein: Dank der Unterstützung durch den Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V.

wird sie an berufsbildenden Schulen gezeigt werden können, zunächst ab Ende Januar im Oberstufenzentrum Handel I, der größten Schule Deutschlands (!), in der Kreuzberger Wrangelstraße. Ab Anfang März 2014 gibt es überdies eine Online-Version, unter www.verratenundverkauft.info.

Die Ausstellung „Gute Geschäfte“ über den Berliner Kunsthandel 1933-1945 wurde bis Mitte 2013 im Mitte Museum gezeigt und danach aufgelöst. Die von großer Medienöffentlichkeit begleitete Entdeckung der Kunstsammlung von Cornelius Gurlitt sorgte unvorhersehbar für neues Interesse an diesem Thema. So ist nun der umfangreiche, seit längerem vergriffene Ausstellungskatalog zu den „Guten Geschäften“ in einer Nachauflage seit Dezember wieder erhältlich.

Zu den Kooperationsprojekten im Rahmen des Themenjahres gehörten die Informationstafeln am Strandbad Wannsee und auf Schwanenwerder, die in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Steglitz-Zehlendorf entstanden und im April 2013 eingeweiht wurden. Standen viele Anwohner dem Projekt zunächst skeptisch gegenüber, so hat es mittlerweile eine große Akzeptanz gefunden. Zum „Tag des offenen Denkmals“ veranstaltete die Evangelische Akademie hierzu ein Wochenend-Seminar auf der Insel. Auch an dem Projekt zur „Fontanepromenade 15“, für das die Initiative vom KreuzbergMuseum ausging, waren wir beteiligt, sowie an der Ausstellung über den Kirchenbau im Nationalsozialismus, die in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand gezeigt wurde.

Die zum Aktiven Museum gehörige Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin engagierte sich zum Abschluss des Themenjahres am 9. und 10. November 2013 mit Berlin-weit stattfindenden Gedenksparzieren, bei denen auch Stolpersteine geputzt wurden, und einer besonderen Publikation (siehe Abbildung). Hierüber berichtet auch Christine Kühnl-Sager in diesem Rundbrief.

Nach dem Ende des Themenjahres geht der Alltag der Erinnerungsarbeit weiter. Hierzu gehört eine

geplante Ausstellung zur Praxis der Entschädigung und „Wiedergutmachung“ im geteilten Berlin, dessen Projektexposé wir hier in diesem Rundbrief vorstellen. Diese Ausstellung soll quasi als ein „Folgeprojekt“ des Themenjahres „Zerstörte Vielfalt“ aus Anlass des 70. Jahrestages des Weltkriegsendes im Sommer 2015 in der Topographie des Terrors gezeigt werden. Hierfür haben wir beim Hauptstadtkulturfonds einen Antrag eingereicht und werden für die Realisierung des Projektes wieder eine Arbeitsgruppe einrichten.

Unser Vorstandsmitglied Gerd Kühling setzt sich in einem weiteren Text dieses Heftes mit Fotos der Novemberpogrome und der Geschichte eines jahrzehntelangen Irrtums auseinander. Michael Roeder berichtet über seine Initiative für Gedenktafeln zur Erinnerung an noch in den letzten Kriegstagen ermordete Deserteure in Berlin. Stefan Peters rezensiert Sonja Wegners Veröffentlichung „Zuflucht in einem fremden Land. Exil in Uruguay 1933-1945“. Abschließend dokumentieren wir einen Aufruf für einen Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraum-Politik in Osteuropa, über den sich mehr auf www.gedenkorte-tiergarten.de erfahren lässt.

Hinweisen möchte ich an dieser Stelle noch auf die gerade erschienene neue Ausgabe des Buches „Der gelbe Stern“ von Gerhard Schoenberger. Bis zu seinem Tode vor einem Jahr hat Gerhard intensiv an dieser neuen Version gearbeitet, danach hat Mira Schoenberger das Manuskript bis zur Drucklegung liebevoll betreut. Von der Erstausgabe 1960 unterscheidet es sich vor allem in der Form: dem sensiblen Umgang mit den historischen Fotografien, die nun nicht als dramatischer Ausschnitt, sondern meist vollständig und in hoher Qualität reproduziert wiedergegeben sind.

Ich danke allen, die unsere Arbeit im vergangenen Jahr unterstützt und mitgetragen haben und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit im neuen Jahr!

Christine Fischer-Defoy

STOLPERSTEINE IM BERLINER THEMENJAHR 2013 „ZERSTÖRTE VIELFALT“



Projektion auf das Brandenburger Tor während der Veranstaltung am 10. November 2013.

„Eine Stadt erinnert sich“ – so Kulturstaatssekretär André Schmitz am 10. November am Brandenburger Tor – an die Machtübertragung an das Naziregime vor 80 Jahren, an die Novemberpogrome vor 75 Jahren und alle Verbrechen, die bis zur Befreiung 1945 von Deutschland ausgingen.

Das Brandenburger Tor war an diesem Abend der Ort einer bewegenden Kundgebung, die vor allem der Erinnerung an die Persönlichkeiten gewidmet war, denen Berlin und Deutschland seine künstlerische, politische, wissenschaftliche und geistige Vielfalt verdankte und die durch das NS-Regime zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen, inhaftiert oder ermordet wurden. Ihre Porträts erschienen auf der Leinwand am Brandenburger Tor. Auf der Bühne persönlicher anwesend waren Inge Deutschkron, Margot Friedländer und Coco Schumann. Der britische Geiger Daniel Hope ließ zusammen mit dem Pianisten Jacques Ammon und dem Streichquintett des Deutschen Kammerorchesters Musik der 1920er-Jahre lebendig werden, etwa von Coco Schumann und dem damals berühmten Efim Schachmeister. Das Resümee

lautete so: „Unsere Vielfalt nimmt uns keiner mehr! Dafür wollen und müssen wir notfalls auch kämpfen.“

Bereits am 9. November fanden im Rahmen des Themenjahres rund 20 Kiezspaziergänge statt, deren



Stolperstein-Kiezspaziergang in Schöneberg am 9. November 2013

Routen zu Stolpersteinen führten und bei denen an die Schicksale der vielen weniger bekannten Verfolgten und ihrer Familien erinnert und ihrer gedacht wurde. Das Interesse war in allen Berliner Bezirken groß. Immer wieder schlossen sich Passanten den Rundgängen an. Bewohner kamen aus den Häusern und trugen eigene Informationen zu den früheren Bewohnern bei. Blumen und Kerzen wurden zu den Stolpersteinen gebracht. Das geplante Putzen der Steine konnte vielfach „ausfallen“ – Anwohner, Paten oder Mitglieder der Stolperstein-Bezirksinitiativen hatten sich schon vorher darum gekümmert.

Die Spaziergänge boten auch die Möglichkeit, auf andere Orte aufmerksam zu machen, die für Faschismus und Widerstand in Berlin von Bedeutung waren und sind. In Schöneberg war es zum Beispiel das Kammergericht im Kleistpark, über dessen Bedeutung als zeitweiliger Verhandlungsort des berühmten „Volksgerichtshofes“ zwischen August 1944 und Januar 1945 berichtet wurde. Ein ebenso interessanter Ort bei diesem Rundgang war die St. Matthias Kirche am

Winterfeldtplatz. Dort erinnert eine Gedenktafel an Clemens August Kardinal Graf von Galen, den späteren Bischof von Münster. Er war von 1919 bis 1929 Pfarrer an dieser Kirche und trat in der Zeit des NS-Regimes gegen Rassismus und Antisemitismus auf.



Stolperstein-Kiezspaziergang in Schöneberg am 9. November 2013

Die meisten Rundgänge sind nachzulesen in der Publikation „Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge“, die auf Anregung und mit finanzieller Unterstützung der Kulturprojekte Berlin GmbH entstand. Das Buch wurde am 9. und 10. November an die interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der verschiedenen Veranstaltungen verteilt und ist in einer neuen Auflage seit Anfang Dezember für 12 Euro im Buchhandel und in unserer Geschäftsstelle zu erwerben. Es enthält neben den Spaziergängen weitere Informationen, darunter Gespräche mit Gunter Demnig und Michael Friedrichs-Friedlaender und einen Beitrag über die ersten Stolpersteine in Berlin. Die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin plant, zukünftig in allen Berliner Bezirken regelmäßig Kiezspaziergänge als eine höchst lebendige und anregende Art des Erinnerns, Gedenkens und Informierens anzubieten.

Am 10. November wurden im Rahmen des Themenjahres in der Schöneberger Gleditschstraße 55 die Stolpersteine für Rosa und Ferdinand Traub und ihren Sohn Alfred zum dritten Mal in das Pflaster ein-

gelegt, rund 70 Menschen waren bei dieser besonderen Verlegung dabei. Zum ersten Mal waren die Steine am 29. Oktober 2010 verlegt und bereits in der folgenden Nacht durch Schläge mit einem harten, scharfen Gegenstand beschädigt worden. Die am 3.



Die mutwillig beschädigten Stolpersteine in der Gleditschstraße 55 wurden am 10. November 2013 durch neue ersetzt.

März 2011 neu verlegten Steine erfuhren kurz darauf einen gleichartigen Angriff. Das macht deutlich, dass auch bei so umfassender Information wie in diesem Jahr die alten und die neuen Nazis durchaus aktiv sind und politische Wachsamkeit, Widerstand, ziviler Ungehorsam und Engagement weiter nötig sind. Dazu riefen am 10. November am Brandenburger Tor auch die Zeitzeugen auf.

Das Aktive Museum, die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin und die bezirklichen Stolperstein-Initiativen waren an vielen Veranstaltungen und Aktivitäten des Themenjahres beteiligt. Das dabei in dieser Breite neu entstandene Netzwerk zu erhalten und zu festigen und damit kontinuierliches bürgerschaftliches Engagement zu fördern, wird eine Aufgabe in den kommenden Jahren sein.

Christine Kühnl-Sager

Christine Kühnl-Sager ist stellvertretende Vorsitzende des Aktiven Museums.

FOTOGRAFIEN DER NOVEMBER- POGROME UND DIE GESCHICHTE EI- NES JAHRZEHNTELANGEN IRRTUMS

Im Jahr 2013 beging die Stadt Berlin anlässlich des 80. Jahrestages der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 sowie des 75. Jahrestages der Novemberpogrome von 1938 das Themenjahr „Zerstörte Vielfalt“. Mit hunderten von Veranstaltungen, Installationen, Ausstellungen und (Begleit-)Publikationen wurde an Menschen erinnert, die einst zur Vielfalt Berlins beigetragen hatten, während der NS-Zeit jedoch vertrieben, verfolgt oder ermordet worden waren. Durch Open-Air-Ausstellungen und spezielle Stadtmarkierungen an authentischen Orten gelangte eine Vielzahl historischer Fotos an die breite Öffentlichkeit. Manche von ihnen sind seit Jahren bekannt und können mithin als fotografische Ikonen bezeichnet werden. Andere dagegen wurden erst kürzlich entdeckt beziehungsweise einer genaueren Analyse unterzogen. Dass letztgenanntes Vorgehen jahrzehntelang nicht unbedingt zu den ersten Gepflogenheiten von Historikern und Publizisten gehörte, ist mittlerweile keine Neuigkeit mehr. Ein bekanntes Beispiel dafür ist das Foto von der als „Prangermarsch“ inszenierten Verhaftung jüdischer Männer im November 1938: Lange Zeit wurde es als Transport aus Berlin in das Konzentrationslager Sachsenhausen ausgegeben. Tatsächlich entstand die Aufnahme am 10. November 1938 in Baden-Baden und zeigt jüdische Männer vor ihrem Abtransport in das KZ Dachau. Doch wie kam es zu dieser Fehlinterpretation und wer deckte sie auf? Und können aus dieser Geschichte eines jahrzehntelangen Irrtums Lehren für die Zukunft gezogen werden?

Die Falscheinordnung des Fotos reicht bis in die 1960er Jahre zurück und könnte als eine deutsch-deutsche Co-Produktion bezeichnet werden: Zunächst gaben Eberhard Aleff, Ilse Kemter und Friedrich Zipfel für die (West-)Berliner Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit 1964 eine Zusammenstellung von Arbeits-

materialien heraus, die historische Fotos zum Thema „Terror und Widerstand 1933-1945“ enthielt. Darunter befand sich auch eben jene Aufnahme aus Baden-Baden, jedoch mit der Bildunterschrift „Die neuen Machthaber greifen durch. 1933: SS führt verhaftete politische Gegner durch die Straßen von Berlin“.¹ Zwei Jahre später erschien das Foto in der Dokumentation „Kennzeichen J“ von Helmut Eschwege, die im Ost-Berliner Verlag der Wissenschaften erschien. Hier wurde das Bild zwar den Novemberpogromen von 1938 zugeordnet. Die Unterschrift lautete allerdings: „Deportation Berliner Juden nach Sachsenhausen“.² Der Grundstein für eine jahrzehntelange Falschbezeichnung war gelegt. Bis in die 1980er Jahre – und zum Teil weit darüber hinaus – wurde das Foto in diversen Publikationen und Ausstellungen fortan unter der Bezeichnung Berliner Juden auf dem Weg ins Konzentrationslager Sachsenhausen im November 1938 präsentiert.³

Eine ernsthafte Suche nach dem Originalfoto oder zumindest dessen Ursprung scheint in den ersten vier Jahrzehnten nach Kriegsende nicht stattgefunden zu haben. In einer Abhandlung zur Geschichte der Pressefotografie von 1983 lautete es sogar: „Der Fotograf des Bildes, Abraham Pisarek, ist selber Jude und wäre um ein Haar mitverhaftet worden. Er hat die schlimmen Jahre überlebt und über sie in Bild und Wort berichtet. Nur über dieses Bild gibt es keine Äußerung von ihm. Wo stand er, als er dieses Foto gemacht hat? Hinter einer Gardine, auf einem Torbogen? Kannte er einige von denen, deren wahrscheinlich letztes Bild er hier aufnahm? Wie gelang es ihm, das Bild zu machen, ohne selbst verhaftet zu werden?“⁴ Die Fragen mussten zwangsläufig ins Leere führen, war doch der Fotograf nicht Pisarek, sondern Josef Friedrich Coeppicus.⁵ Der (nicht-jüdische) Inhaber eines kleinen Fotogeschäftes in Baden-Baden hatte am 10. November 1938 eine ganze Serie von insgesamt 22 Bildern in der südwestdeutschen Kurstadt aufgenommen. Ob er die Negative vor oder nach 1945 entwickelte, ist nicht mehr festzustellen; der größte Teil der Aufnahmen wurde schließlich 1965 durch das Stadtmuseum Baden-Baden von Coeppicus erworben. Auf welchem Weg das Bild des „Prangermarsches“ nach Berlin kam, wird sich ebenfalls nicht



Baden-Baden, 10. November 1938: Jüdische Männer werden in das Konzentrationslager Dachau abgeführt.

mehr ermitteln lassen, denn in Publikationen der 1960er bis 1980er Jahre erscheinen die unterschiedlichsten Provenienzen: Mehrfach wird das Privatarhiv Gerhard Schoenberners genannt, der in den 1960er Jahren mit seiner Fotodokumentation „Der gelbe Stern“ große Bekanntheit erlangte. Angeführt werden aber auch die Aktion Sühnezeichen, ADN-Zentralbild Ost-Berlin, oder Helmut Eschweges „Kennzeichen J“. Mit Quellenangaben und Bildrechten nahmen es die Autoren und Herausgeber offensichtlich nicht allzu genau.

Erst 1988 führte der Berliner Publizist und Ausstellungskurator Thomas Friedrich eingehende Untersuchungen zu dem Foto durch. Er gehörte zum Team der Ausstellung „Vor aller Augen: Der Novemberpogrom 1938“, die aus Anlass des 50. Jahrestages der Pogrome in der Akademie der Künste in West-Berlin gezeigt wurde. Das besagte Foto war als Plakatmotiv vorgesehen, wobei Friedrich große Zweifel hatte, ob es sich bei der Aufnahme wirklich um Berliner Juden auf dem

Weg nach Sachsenhausen handelte.⁶ Er war überzeugt, zwischen Berlin und Oranienburg gäbe es nirgends eine topografische Situation, wie sie auf dem Bild gezeigt wurde. Den Hinweis, dass es sich vielmehr um ein Bild aus Baden-Baden handelte, gab dann ein Spiegel-Artikel (Der Spiegel, Nr. 37/1988) zum Novemberpogrom. In dem Beitrag von Wolfgang Benz war ein Bild aus Baden-Baden abgedruckt, auf dem man ebenfalls die Dreierreihen der Verhafteten sah. Friedrich erkannte mit scharfem Blick, dass es sich um dieselben Personen handelte wie auf dem Plakatmotiv. Im Spiegel waren glücklicher Weise die korrekten Angaben zu lesen: Festgenommene Juden in Baden-Baden. Friedrich fand die weiteren Bilder zu dem Ereignis, die er dann mit seinem Kollegen Jürgen Freter in die richtige Reihenfolge brachte. Zur Hilfe kam ihnen dabei, dass sie den Fotos einen bisher kaum beachteten Zeitzeugenbericht über den 10. November 1938 in Baden-Baden zuordnen konnten, der 1955 in Großbritannien vom Holocaust-Überlebenden Arthur Flehinger verfasst worden war.



Berlin, 10. November 1938: Das zerstörte Bettengeschäft Kaliski an der Ecke Tauentzien-/Nürnberger Straße.

Der nunmehr korrekt verorteten Aufnahme widmete man – zusammen mit weiteren Bildern aus Baden-Baden – einen eigenen Teil in der Ausstellung „Vor aller Augen“. Auch in anderen Veröffentlichungen war es fortan mit der richtigen Bezeichnung versehen, so etwa in der deutschsprachigen Ausgabe der „Enzyklopädie des Holocaust“, die 1993 unter Mitwirkung von Jürgen Freter erschien. Die 2002 erschienene Publikation „Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz“, die aus einem Projekt der „Topographie des Terrors“ zur Erschließung von Fotomaterial entstanden war, ging ebenso auf die Bilderserie ein.⁷ Zuletzt im Jahr 2012 wurde von Christoph Kreutzmüller und Julia Werner eine Detailanalyse der Baden-Badener Fotos vorgelegt. Allen diesen Beiträgen vorausgegangen war die akribische Recherche von Thomas Friedrich. Durch genaue Beobachtung und Analyse war es ihm gelungen, ein Foto richtig zu verorten, welches bis dahin in

zahlreichen Publikationen und Archiven unter einer falschen Bezeichnung geführt worden war.

Ob sich eine ähnliche Entdeckung, wie die von Friedrich aus dem Jahr 1988 wiederholen kann, ist nicht ausgeschlossen. Weiterhin rätselhafte Fotos von den Novemberpogromen gibt es allemal. Dies legt auch das jüngst erschienene und äußerst informative Buch „Kristallnacht? Bilder der Novemberpogrome 1938 in Berlin“ nahe, in dem Bjoern Weigel und Christoph Kreutzmüller „erstmalig alle 27 Fotografien [zeigen], die bisher von den Verwüstungen jüdischer Gewerbebetriebe in Berlin bekannt geworden sind“. Die beiden Autoren geben sorgfältig recherchierte Informationen zur Herkunft jeder Aufnahme und unterziehen sie einer detaillierten Analyse. Darunter befindet sich auch ein Foto des Bettengeschäftes S. Kaliski & Co. in Berlin-Charlottenburg, das schon in den sechziger Jahren Eingang in Publikationen über die Novemberpogrome gefunden hatte. Es zeigt einen jungen Mann in kariertem Hemd, der mit einem Besen vor den zerstörten Schaufenstern entlanggeht, während links hinter ihm ein Mann in Mantel und Hut ebenfalls Aufräumarbeiten verrichtet.⁸ Beide Personen konnten bisher nicht identifiziert werden, wenngleich es einen Zeitzeugenbericht über das Geschäft im November 1938 gibt. So schreibt die Holocaust-Überlebende Marta Mierendorff in einem Beitrag aus dem Jahr 1970: „Mein Ehemann Gottfried Salomon [...] geboren am 4.4.1896 in Berlin, Kriegsverletzter im Ersten Weltkrieg, war Diplom-Kaufmann und im Begriff, ein juristische Vollstudium zu beenden. Nach 1933 wurde er von der Berliner Universität zwangs-exmatrikuliert. Seinen Beruf konnte er bald nur noch ab und zu und schwarz ausüben. Am 8. November 1938 arbeitete er im Bettengeschäft Kalinsky [sic!] in der Tauentzienstraße. Nach der Kristallnacht mußte er die Scherben der zertrümmerten Schaufensterscheiben, umgeben von Gaffern, selbst auffegen.“⁹

Ist der abgebildete Mann mit Mantel und Hut Gottfried Salomon, der 1944 nach Auschwitz deportiert und ermordet wurde? Freilich wird sich dies auch durch den Artikel von Marta Mierendorff nicht endgültig klären

lassen. Ihr Bericht verweist jedoch auf eine Quellengattung, die in Zukunft noch stärker herangezogen werden könnte: Die Überlieferungen der Überlebenden, die mittlerweile zum größten Teil verstorben sind. Ihnen wurde in der Bundesrepublik bis in die achtziger Jahre nur wenig Gehör geschenkt. Bei systematischer Auswertung, genauer Analyse und auch ein wenig Glück dürften sich vielleicht weitere, bisher unbekannte Berichte (wieder-)finden lassen, die zur Identifizierung rätselhafter Fotos oder zur Vermeidung ihrer Fehlinterpretationen beitragen können. Grundlage muss jedoch die Suche nach der genauen Herkunft eines Fotos und dessen Kontextualisierung sein. Nicht zuletzt Thomas Friedrich ist es zu verdanken, für dieses Vorgehen ein größeres Bewusstsein und Sensibilität geschaffen zu haben.

Gerd Kühling

Gerd Kühling ist Historiker und Beisitzer im Vorstand des Aktiven Museums. Neben seiner Tätigkeit als freier Mitarbeiter der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz verfasste er eine Dissertation zum Thema „NS-Erinnerung in Berlin. Verfolgte des Dritten Reiches und geschichtspolitisches Engagement im Kalten Krieg 1945-1979“.

1) Eberhard Aleff, Ilse Kemter, Friedrich Zipfel, Terror und Widerstand 1933-1945: Arbeitsunterlagen für die politische Bildung, (hg. von der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit Berlin), Berlin (West) 1964, Materialmappe J / Bilddokumente.

2) Helmut Eschwege (Hrsg.), Kennzeichen J: Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945, Berlin (Ost) 1966, S. 110.

3) Vgl. Peter Freimark, Wolfgang Kopitzsch, Der 9./10. November 1938 in Deutschland. Dokumentation zur „Kristallnacht“, Hamburg 1978, S. 94; Micha Michalowitz, Musik in der Grenadierstraße, in: Eike Geisel, Im Scheunenviertel: Bilder, Texte und Dokumente, Berlin (West), S. 144-149, hier: S. 148f.; Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus (Berlin), Unterwegs zur mündigen Gemeinde – Eine

Ausstellung über die evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel der Gemeinde Dahlem, Tafel 24.

4) Diethart Kerbs, Walter Uka, Bilddokumente der Verfolgung, in: Diethart Kerbs, Walter Uka, Brigitte Walz-Richter (Hrsg.), Die Gleichschaltung der Bilder: Zur Geschichte der Pressefotografie 1930-36, Berlin (West), S. 127-140, hier: S. 134.

5) Christoph Kreutzmüller, Julia Werner, Fixiert: fotografische Quellen zur Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa. Eine pädagogische Handreichung, Berlin 2012, S. 16.

6) Für diese und die folgenden Informationen danke ich Jürgen Freter (Berlin).

7) Klaus Hesse, Philipp Springer, Vor aller Augen: Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, Essen 2002, S. 112f.

8) Bjoern Weigel, Christoph Kreutzmüller, Kristallnacht? Bilder der Novemberpogrome 1938 in Berlin, Berlin 2013, S. 29.

9) Marta Mierendorff, Das Terror-Regime der Gestapo in der Jüdischen Gemeinde Berlin, In: Die Mahnung – Zentralorgan Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgten-Organisationen, 1. Mai 1970.

„WIEDER GUT?“

Zur Praxis der „Wiedergutmachung“ nach 1945 im geteilten Berlin

Nachdem das erfolgreiche Themenjahr 2013 „Zerstörte Vielfalt“ sich in zahlreichen Ausstellungen und Projekten mit den Ereignissen zwischen 1933 und 1945 befasst hat, fragt das Aktive Museum nun nach der Situation der Opfer der NS-Verfolgung in Berlin nach 1945. In Kooperation mit der Stiftung Topographie des Terrors, der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, dem Berliner Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Entschädigungsbehörde und dem Landesarchiv Berlin erarbeiten wir eine Ausstellung über die Entschädigungs- und „Wiedergutmachungs“-Praxis, die zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus 2015 in Berlin gezeigt werden soll. Insbesondere in Berlin, wo während des Kalten Krieges auf engstem Raum über Jahrzehnte zwei völlig unterschiedliche Konzepte zur Entschädigung und „Wiedergutmachung“ bestanden, lassen sich deren politische Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen auf die NS-Opfer wie nirgendwo sonst anschaulich machen.

In der bisherigen wissenschaftlichen Forschung zu diesem Thema geht es vor allem um die Etappen der politische Durchsetzung und die juristischen Regelungen von Entschädigung und „Wiedergutmachung“ sowie Rückerstattung in beiden deutschen Staaten im politischen Kontext des Kalten Krieges. Zu Beginn der 1990er Jahre begann eine zweite „Wiedergutmachungs“-Debatte, in der es um bisher vernachlässigte Opfer wie die ehemaligen Zwangsarbeiter ging. Nicht zuletzt machte die Unterzeichnung der „Washingtoner Erklärung“ durch die Bundesrepublik 1998 den Weg frei für die Restitution von „verfolgungsbedingt entzogener“ Raub- und Beutekunst. Kaum oder gar nicht berücksichtigt wurde jedoch die Perspektive der Opfer der NS-Verfolgung, die sich oft über Jahre hinweg den umständlichen bürokratischen Hürden ausgesetzt sahen, die eine tatsächliche Entschädigung für

erlittene materielle und immaterielle Schäden erst ermöglichten.

Ziel der Ausstellung ist es, anhand von etwa 20 Einzelfällen möglichst unterschiedliche Verfolgtengruppen und Verfahrensverläufe in West- und Ost-Berlin darzustellen. Dabei geht es auch um die Frage der gesellschaftspolitischen Parameter, nach denen bestimmte Opfergruppen erst spät und zum Teil bis heute noch immer nicht entschädigt wurden. Auch die Akteure dieser Verfahren – Organisationen der Opfergruppen ebenso wie Anwälte und staatliche Repräsentanten – sollen exemplarisch anschaulich werden.

Das Projekt wird von einer Arbeitsgruppe des Aktiven Museums überwiegend ehrenamtlich erarbeitet. Mögliche weitere Ausstellungsorte sind nach der Erstpräsentation 2015 in der Stiftung Topographie des Terrors das Landesarchiv Berlin als Kooperationspartner des Projektes, die Entschädigungsbehörde am Fehrbelliner Platz, der Sitz des Berliner Finanzsenators sowie der Sitz des damaligen Obersten Rückerstattungsgerichts in der Rauchstraße 17/18 in Berlin-Tiergarten, in dem seinerzeit die kontroversen Rückerstattungsfälle verhandelt wurden. Das Gebäude wird heute von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik genutzt.

Historischer Kontext I: Entschädigungs- und „Wiedergutmachungs“-Politik in der BRD und West-Berlin

Bereits ab 1939 gab es Überlegungen zu einer Entschädigung insbesondere hinsichtlich jüdischer Opfer. So forderte die „War Emergency Conference“ des Jüdischen Weltkongresses im November 1944 eine Entschädigung sowohl jüdischer Organisationen wie einzelner von der Verfolgung betroffener Juden. Am 20. September 1945 übergab Chaim Weizman als Präsident der Jewish Agency eine Note an alle vier Besatzungsmächte, in der er den Anspruch auf Rückerstattung und Entschädigung betonte. Nur die US-Militärregierung reagierte jedoch: Am 10. November 1947 erließ General Clay das Militärregierungsgesetz Nr. 59, das zunächst auch nur in der US-amerikanischen Zone galt, später jedoch in ähnlicher Form von der

britischen und der französischen Besatzungsmacht übernommen wurde.

Mit Gründung der Bundesrepublik und der DDR geriet auch die Entschädigungspolitik zwischen die Fronten des Kalten Krieges. Die Zusage des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer vom 11. November 1949, zehn Millionen DM für eine Entschädigung zur Verfügung zu stellen, wurde von vielen Historikern als „Eintrittskarte“ Westdeutschlands in das westliche Bündnis interpretiert. In einer Regierungserklärung betonte Adenauer am 27. September 1951 vor dem Deutschen Bundestag, dass es zugleich auch eine „Fürsorgepflicht“ der BRD gegenüber deutschen Kriegsopfern, Flüchtlingen und Vertriebenen gebe.

Im Luxemburger Abkommen zwischen der BRD, der Jewish Claims Conference und dem Staat Israel verpflichtete sich die Bundesrepublik 1952 zur Zahlung von 3,45 Milliarden DM an die beiden Verhandlungspartner. Zugleich legte sie sich darauf fest, eine individuelle Entschädigung bundeseinheitlich zu regeln. Zu diesem Zweck trat am 1. Oktober 1953 das „Bundesgesetz für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung“ in Kraft. Ihm folgte am 29. Juni 1956 das „Bundesgesetz zur Entschädigung der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung (BEG)“.

In West-Berlin trat 1951 ein erstes Entschädigungsgesetz in Kraft. Hiernach waren alle in Berlin während der NS-Zeit aus rassistischen oder politischen Gründen Verfolgte anspruchsberechtigt. Ausgeschlossen von den finanziellen Zuwendungen für Schäden an Gesundheit, Freiheit und Vermögen wurden beispielsweise aktive Kommunisten. Auch nach dem „Bundesentschädigungsgesetz“ von 1956, das erstmals auch die Emigranten einbezog, blieben wichtige Opfergruppen ausgeschlossen. Wegen der langwierigen und aufwändigen Bearbeitung der Anträge galt die „Wiedergutmachung“ unter den Betroffenen und ihren Anwälten als „Fortsetzung der Verfolgung mit anderen Mitteln.“ Mit dem „BEG-Schlussgesetz“ vom 14. September 1965 endete die Frist zur Antragstellung auf Entschädigung am 31. Dezember 1965. Bis 1981 waren hierfür insgesamt 77

Milliarden DM ausgezahlt worden. Das West-Berliner Entschädigungsamt bearbeitete zwischen 1952 und 1981 rund 700.000 Anträge, von denen rund 150.000 abgelehnt wurden.

Dabei blieben wichtige Opfergruppen bis zuletzt unberücksichtigt, darunter Sinti und Roma, die Opfer medizinischer Versuche, Homosexuelle, sogenannte „Asoziale“, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Opfer der Militärgerichte und ausländische KZ-Häftlinge.

Historischer Kontext II: Entschädigung in Ost-Berlin und der DDR

In der Sowjetischen Besatzungszone setzte die Besatzungsmacht und mit Gründung der DDR die regierende SED andere Prioritäten für ihre Entschädigungspolitik. Bereits 1947 hatte die Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge im ZK der SED eine Sonderregelung für die Entschädigung „rassistisch“ Verfolgter abgelehnt. Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus und Opfern politischer Verfolgung, die als „Verfolgte des Nazi-Regimes“ anerkannt waren, kamen ab 1948 Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge, bevorzugte Arbeitsvermittlung sowie Beschaffung von Wohnraum und Hausrat, Unterstützungen bei der Berufsausbildung und dem Studium, Steuerermäßigungen und eine Höhereinstufung der Lebensmittelverbrauchergruppe zugute.

Am 5. Oktober 1949 wurde in der DDR die „Anordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Nazi-Regimes“ erlassen, auf deren Grundlage bestimmten Opfergruppen Vergünstigungen und Renten zustanden. Ausgeschlossen waren unter anderen die Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Opfer der NS-Militärgerichte und der NS-Justiz. Eine Entschädigung oder gar Rückerstattung an jüdische Opfer war nicht vorgesehen.

1953 hob die Regierung der DDR die bestehenden „Wiedergutmachungs“-Regelungen auf. Alle vom NS-Staat geraubten jüdischen Vermögenswerte auf dem Gebiete der DDR wurden zu „Volkseigentum“ erklärt.

Die SED sah in einer Restitution des Eigentums jüdischer Opfer eine „Restauration des Kapitalismus“. Diese Haltung stand im Zusammenhang mit als „Anti-Zionismus“ deklarierten antisemitischen Tendenzen, die auch in der DDR in den 1950er Jahren aus der Sowjetunion übernommen worden waren. Erst Ende der 1980er Jahre kam es aus außen- und wirtschaftspolitischen Gründen zu einer Verbesserung der Beziehungen der DDR – etwa gegenüber dem Jüdischen Weltkongress.

Die DDR sah sich nicht als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches und daher auch nicht in einer materiellen Verantwortung zur Entschädigung jüdischer Opfer. In einer Antwort auf das israelische Ersuchen nach Wiedergutmachung seitens der DDR hieß es am 28. Dezember 1955: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bisher alles in ihren Kräften Stehende getan, um den deutschen Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und Bedingungen zu schaffen, die ausschließen, daß von deutschem Boden nochmals eine Bedrohung der Sicherheit und Existenz anderer Völker – auch des jüdischen Volkes – ausgeht.“ Außerdem sah die DDR ihre Aufgabe mit den Reparationsleistungen gegenüber der Sowjetunion hinreichend erfüllt. Ab 1965 gab es in der DDR eine Ehrenpension für „Kämpfer gegen den Faschismus“ und „Verfolgte des Faschismus“, die entsprechend dem Einigungsvertrag auch nach 1990 weiter gezahlt wird.

Historischer Kontext III: Rückgabe und Entschädigung nach 1989

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands kam es zu einer neuen Debatte um die „Wiedergutmachung“. Anders als in den 1950er Jahren bezog sie einige bisher unberücksichtigte Opfergruppen ein, wie etwa die NS-Zwangsarbeiter, die überwiegend aus osteuropäischen Ländern gekommen und damit von Zahlungen ausgeschlossen gewesen waren. Im „Vier-Plus-Zwei-Vertrag“ verpflichtete sich die Bundesrepublik zu einer Entschädigungszahlung an Staaten des ehemaligen Ostblocks, die sich in den folgenden Jahren auf 1,5 Milliarden DM beliefen.

Mit dem „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“ von 1990 wurde auf dem Territorium der ehemaligen DDR erstmals nun auch die Restitution von dort gelegenen Vermögensteilen wie Grundstücken geregelt, die ihren jüdischen Eigentümern zwischen 1933 und 1945 verfolgungsbedingt entzogen oder unter Zwang verkauft worden waren.

Die Debatte um Entschädigungs-Zahlungen seitens verantwortlicher Unternehmen, die von 1939 bis 1945 von Zwangsarbeit profitiert hatten, wurde von einer breiten internationalen Medienöffentlichkeit begleitet und aufgrund des Generationswechsels und des größeren zeitlichen Abstandes von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung als berechtigte Forderung unterstützt. Am 6. Juli 2000 beschloss der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit die Einrichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“, in die deutsche Unternehmen und der Staat jeweils fünf Milliarden DM einbrachten. Die Verfahren zur Auszahlung an die überlebenden Zwangsarbeiter zogen sich jedoch durch bürokratische Hürden auf unververtretbare Zeiten hin. Und noch immer gibt es Opfergruppen, die bis heute kaum oder keine Entschädigung erhalten haben.

Zum Beispiel Dora Paulsen

Dora Paulsen wurde am 14. Juli 1898 in Berlin geboren. Beide Eltern waren Opernsänger - so schlug auch Dora Paulsen die Bühnenlaufbahn ein. Obgleich selbst nicht jüdisch, war sie bei der jüdischen Künstleragentur Rotter in Berlin unter Vertrag und erhielt Engagements u.a. im Lessing-Theater, dem Metropol-Theater, dem Theater des Westens und dem Großen Schauspielhaus. Im September 1933 erfuhr sie von ihrer drohenden Verhaftung in Berlin: Man hatte sie am sogenannten „Judenboykott-Tag“ beim Einkauf in jüdischen Geschäften fotografiert. Noch am selben Tage flüchtete sie – nur mit Handgepäck – in die Schweiz. 1934 übersiedelte Dora Paulsen mit Rudolf Nelsons Kabarett nach Amsterdam. 1938 heiratete Dora Paulsen in Amsterdam den Maler und Hitler-Gegner Jacob Voskuil. Als die



Dora Paulsen als junge Frau und Schauspielerin auf einem Programmzettel des Casinos in Noordwijk im Westen der Niederlande

deutschen Truppen 1940 in Holland einmarschierten, wurde ihr nun auch dort jede künstlerische Arbeit untersagt. Zusammen mit ihrem Mann versteckte sie über viele Jahre verfolgte Juden in ihrem Haus. Nach mehreren Hausdurchsuchungen durch die Gestapo, bei denen keines ihrer Verstecke entdeckt wurde, tauchte Dora Paulsen bis zur Befreiung 1945 selbst in ihrem Haus unter.

1957 reichte ihr Amsterdamer Anwalt, der aus Berlin emigrierte Friedrich Mannheimer, zahlreiche Zeugenaussagen von Verfolgten, die im Hause Dora Paulsens versteckt gewesen waren, mit einem Antrag bei der Berliner Entschädigungsbehörde ein. Sein Berliner Anwaltskollege äußerte jedoch „schwerwiegende Bedenken, da es sich ja um eine Arierin handelt und nach der konstanten Judikatur nur dann eine Entschädigung gewährt würde, wenn die betreffende Person laufend Einsatz gegen den Nationalsozialismus entfaltet hat.“

Die Korrespondenz mit dem Berliner Entschädigungsamt dokumentiert auf beschämende Weise dessen oft erniedrigendes Verhalten gegenüber den Betroffenen: Da wechselten monatlich die Zuständigkeiten und Anforderungskriterien, wochenlang wartete Dora Paulsen auf Antworten und Bescheide – die Behörde spielte auf Zeit. Dem Amsterdamer Anwalt platzte der Kragen: „Gerade auf Dora Paulsen wird in der niederländischen Öffentlichkeit oft hingewiesen, wenn es sich darum handelt, hervorzuheben, daß nicht alle Deutschen Nationalsozialisten gewesen sind, sondern daß sich unter ihnen auch Idealisten befanden, die den Nationalsozialismus bekämpft haben und hierbei Beruf, Vermögen und Lebens aufs Spiel gesetzt haben. Die mit der Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts beauftragten Behörden hätten also alle Veranlassung, dieser Frau die Entschädigung nicht vorzuenthalten.“

Im Mai 1960 wurde Dora Paulsen schließlich ein Vergleich angeboten: für 2.600 DM wegen des erlittenen „Freiheitsschadens“ soll sie auf weitere Ansprüche verzichten. Es bleibt der erlittene Schaden an Eigentum und beruflicher Karriere. Im Juni reiste Dora Paulsen selbst nach Berlin, um mit den Behörden zu verhandeln. Das Entschädigungsamt forderte weitere Beweismittel, die einen beruflichen und gesundheitlichen Schaden begründen können. Am 23. August 1960 teilte das Entschädigungsamt Berlin schließlich mit, dass Dora Paulsen für Schaden an Leben, Körper und Gesundheit, an Eigentum und Vermögen, an wirtschaftlichem und beruflichem Fortkommen 40.000 DM an Entschädigung gewährt würden.

Christine Fischer-Defoy

ÖFFENTLICHES ERINNERN AN DESERTEURE IN BERLIN.

Eine Initiative für eine Gedenktafel

Seit 2002 besteht in Charlottenburg die Gedenkstätte „Denkzeichen zur Erinnerung an die Ermordeten der NS-Militärjustiz am Murellenberg“. Die Wehrmacht erschoss hier zwischen dem 12. August 1944 und dem 14. April 1945 mindestens 232 Menschen, die von der Militärjustiz wegen Fahnenflucht oder Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt worden waren. Diese Gedenkstätte liegt jedoch weitab im Wald versteckt und bezieht nicht einmal den mutmaßlichen Ort der Erschießungen mit ein.

Demgegenüber gibt es im Stadtgebiet selbst nur drei Gedenktafeln für ermordete Deserteure: am Bahnhof Friedrichstraße (Mitte), an der Dominicusstraße/Ecke Hauptstraße (Schöneberg) und am Hermann-Ehlers-Platz (Steglitz). Dies ist auch deshalb erstaunlich, weil das massenhafte Morden nach Schließung der Hinrichtungsstätte mit Beginn der Schlacht um Berlin ab Mitte April einsetzte – und zwar mitten in der Stadt und vor aller Augen statt an einem abgeschirmten Ort wie dem Murellenberg. Grundlage war ein Führerbefehl vom 22. April 1945, in dem es hieß: „Jeder, der Maßnahmen, die unsere Widerstandskraft schwächen, propagiert oder gar billigt, ist ein Verräter! Er ist augenblicklich zu erschießen oder zu erhängen!“ (Der Panzerbär vom 23. April 1945)

Andererseits ist es jedoch auch wieder nicht erstaunlich, wenn man kurz darauf schaut, wie in der BRD mit dem Gedenken an Deserteure umgegangen wurde: Lange Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sie in der Öffentlichkeit als Vaterlandsverräter und Feiglinge geschmäht. Erste Initiativen für Deserteurdenkmäler entstanden Anfang der 1980er Jahre (besonders verdient macht sich dabei die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“). Seitdem begann eine bundesweite Diskussion in Öffentlichkeit und Wissenschaft.

Eine wichtige Folge davon und gleichzeitig ein Beitrag zu einer neuen Sicht auf die Deserteure war das Urteil des Bundessozialgerichts vom 11.9.1991, das feststellte, dass jeder, der im NS-Unrechtsstaat die Truppe verließ oder den Gehorsam verweigerte, Widerstand geleistet habe. Aber wieder erst Jahre später, 1998, beschloss der Bundestag das „NS-Unrechtsurteileaufhebungsgesetz“, das bis 2009 allerdings zweimal nachgebessert werden musste.

So viel zum Hintergrund für mein konkretes Anliegen: eines 17jährigen zu gedenken, der Ende April 1945 vor dem Haus Uhlandstraße 103 in Wilmersdorf (Ecke Berliner Straße) erhängt wurde und von dem wir weder seinen Namen noch seine Adresse, ebenso nicht den genauen Tag, den Verlauf der Ereignisse und die Vorgeschichte kennen. Die gesicherten Informationen über ihn sind diese: Er versteckte sich in einem Keller in der Berliner Straße zwischen Uhland- und Fechnerstraße und trug eine ihm viel zu große Waffen-SS-Jacke. Die SS fand ihn dort und erhängte ihn an einer Laterne vor dem Haus Uhlandstraße 103. Die Wäscheleine dazu hatte man sich im Haus Berliner Straße 33 beschafft. Um den Hals trug der Jugendliche ein Schild mit dem Text „Ich war zu feige, für Deutschland zu kämpfen.“ Zur Abschreckung ließ man ihn dort mehrere Tage hängen. Bis in die 1950er Jahre legten Anwohner am Todestag an dieser Stelle Blumen nieder und erinnerten mit einem beschrifteten Pappkarton an den Mord.

Im Juni 2013 rief auf meine Bitte hin Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann Zeitzeugen auf, sich beim Aktiven Museum zu melden, um so zur Entstehung einer Gedenktafel beizutragen. Eine Reihe von Menschen haben darauf reagiert; neun von ihnen berichteten, wie sie das Kriegsende erlebt haben (hier nachzulesen: <http://blog.klausenerplatz-kiez.de/tag/kriegsende>). Ihre Erzählungen machen deutlich, was Krieg eigentlich bedeutet. Wir sehen auch, wie schwer es manchen von ihnen fiel, selbst fast 70 Jahren später darüber zu sprechen, so schrecklich waren die Erlebnisse für sie, darunter auch der Anblick von auf offener Straße erhängten Deserteuren. Aber auch Erleichterung ist zu spüren, dass wir uns heute mit



Bis in die 1950er Jahre legten Wilmersdorfer am Todestag des jungen Mannes einen Kranz vor der Uhlandstraße 103 nieder. Die fehlende Gedenktafel wurde bei diesen Feiern durch einen Pappkarton ersetzt, der mit Klebestreifen am Laternenmast angebracht wurde.

den damaligen Verbrechen beschäftigt: „Froh bin ich darüber, dass dies endlich an die Öffentlichkeit kommt“, schrieb eine Zeitzeugin. Wir haben allen Grund, diesen Menschen dankbar zu sein, die uns – trotz aller Schmerzen, die ihnen das verursachte – aus ihrem Leben erzählen, denn ihre damaligen Erfahrungen sind für uns wichtig.

Zurück zum ermordeten siebzehnjährigen Deserteur, der eine Jacke der Waffen-SS trug und daher möglicherweise ihr Mitglied war. Diesem Jugendlichen war es genauso wie seinen Altersgenossen Günter Grass und Erich Loest ergangen, die es beide in die Waffen-SS zog: sie alle waren von Kindesbeinen an vom NS-Staat geprägt worden. Worum es also tatsächlich geht, ist

die Verführung von Minderjährigen zu einem menschenfeindlichen Verhalten. Gerade dies aber hatte der unbekannte 17jährige durch seine Kampfverweigerung durchbrochen. Und deswegen sollte seiner – ebenso wie all der anderen, die sich verweigert haben – gedacht werden. Der Text der Gedenktafel könnte lauten:

Hier wurde in den letzten Tagen des April 1945 ein 17jähriger von Nationalsozialisten aufgehängt.

Zur Erinnerung an ihn und alle anderen, die sich der Teilnahme am Krieg entziehen wollten und deshalb ermordet wurden.

Es wäre wünschenswert, dass die Gedenktafel zügig in der bezirklichen Gedenktafelkommission behandelt wird, möglichst schon beim nächsten Treffen Ende Januar 2014, damit der Realisierungsprozess voran kommt und bald alle Zeitzeugen an ihrer Enthüllung teilnehmen können. Über 200 Euro an Spenden für die Tafel sind bereits zusammengekommen. Unterstützung für dieses Vorhaben gibt es vom Aktiven Museum, von der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, der Berliner VVN-BdA, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und von Privatpersonen

Michael Roeder

Dr. Michael Roeder war vor seinem Ruhestand Lehrer für Geschichte und Englisch an einem Wilmersdorfer Gymnasium.

Zeitzeugen werden weiterhin gebeten, sich beim Aktiven Museum zu melden. Spenden für die Herstellung der Gedenktafel (auf das Vereinskonto mit dem Verwendungszweck „Uhlandstraße 1945“, voll abzugsfähige Spendenbescheinigung wird ausgestellt) sind willkommen.

REZENSION ZU SONJA WEGNER: „ZUFLUCHT IN EINEM FREMDEN LAND. EXIL IN URUGUAY 1933-1945.“

Uruguay ist heute für die meisten Deutschen ein fernes, unbekanntes Land. Informationen über das Land sind rar und korrespondieren mit dem geringen Interesse, welches die Öffentlichkeit dem kleinen Staat am Río de la Plata entgegenbringt. Es ist also kaum verwunderlich, dass Sonja Wegner mit ihrer Studie „Zuflucht in einem fremden Land. Exil in Uruguay 1933-1945“ Pionierarbeit leistet. Weitgehend unbekannt ist etwa, dass Uruguay im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Flüchtlinge aus Deutschland aufnahm als beispielsweise die Vereinigten Staaten. Etwa 10.000 Menschen aus Deutschland und Österreich flüchteten zwischen 1933 und 1943/44 vor dem Nationalsozialismus nach Uruguay. Die meisten von ihnen waren Juden. Dabei wurde Uruguay selten als Exilland ausgewählt – in der Regel handelte es sich um die einzige Option für die Exilanten, von denen viele ihr zukünftiges Exilland bestenfalls vom Namen kannten.

Sonja Wegner zeichnet in ihrer Arbeit den Weg der Emigranten von dem Entschluss zur Ausreise über die Beschaffung der hierfür notwendigen Dokumente, die Überfahrt und die Ankunft in Montevideo bis zur Zeit nach dem Ende des 2. Weltkrieges auf der Basis von Quellen, Sekundärliteratur und eigenen biographischen Interviews detailliert nach und entwirft damit ein vielschichtiges Bild der deutsch-jüdischen Emigration nach Uruguay. Dabei wird deutlich, wie sich die Fluchtmöglichkeiten aus Deutschland sukzessive verringerten, während spätestens nach dem Novemberpogrom die Hoffnung auf ein baldiges Ende der antisemitischen Verfolgung schwand. Der Weg ins uruguayische Exil war zudem oftmals nicht direkt, sondern häufig das Ende einer langen Odyssee durch Europa. In der Rekonstruktion der Fluchtwege zeichnet Sonja Wegner staatliche Schikanen im Vorfeld der Ausreise ebenso nach wie die Ausnutzung der Notlage, aber auch die Be-

deutung von Solidarität. Verschiedene Beispiele zeigen die Bedeutung von Kontingenz für die entscheidende Frage der Rettung – sowohl bei der Ausreise aus Europa als auch bei der Einreise nach Uruguay.

Der zweite Abschnitt des Buches erläutert die politischen Bedingungen der 1930er und 1940er Jahre im Ankunftsland. Uruguay ist ein klassisches Einwanderungsland. Insbesondere zur Jahrhundertwende kamen viele Menschen vornehmlich aus Spanien und Italien auf der Suche nach einem besseren Leben nach Uruguay. Das kleine Land entwickelte sich am Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer relativ prosperierenden und stabilen Demokratie mit vergleichsweise liberalen gesellschaftlichen Prägungen. Staat und Kirche waren getrennt, der Achtstundentag wurde 1915 und das Frauenwahlrecht 1927 eingeführt. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 erschütterte aber auch Uruguay, führte zu wirtschaftlichen und ökonomischen Turbulenzen und mündete in die Diktatur von Gabriel Terra (1933-1938). Terra hegte Sympathien für das faschistische Italien, pflegte gute Kontakte zu den Auslandsdeutschen und verschärfte die Einwanderungsbestimmungen. Antisemitische Propaganda fand sich insbesondere in einigen Medien des Landes. Diese Faktoren erschwerten die Einreise nach Uruguay und in wenigen Fällen wurden Schiffe mit verzweifelten jüdischen Flüchtlingen zurück nach Europa geschickt. Dieses dunkle Kapitel der uruguayischen Einwanderungspolitik kann Frau Wegner jedoch mangels vorhandener Quellen nicht weiter vertiefen.

Stattdessen widmet sich die Autorin den Lebensbedingungen der jüdischen Exilanten nach der Ankunft in Uruguay als zentralem Thema des Buches. Sonja Wegner zeigt hier die vielfältigen Schwierigkeiten nach Ankunft in einem fremden Land, dessen Sprache man meist nicht verstand, auf. Es wird jedoch auch deutlich, wie in einer Situation aus politischer Flucht, ökonomischer Not und sozialer Vereinsamung Solidaritätsnetzwerke das Leben und die Ankunft im neuen Land erleichtern. Das Buch gibt Einblicke in diese Netzwerke die sich von deutschsprachigen Radiosendungen und Theatergruppen über jüdische Gemeindefarbeit bis zur praktischen Hilfe bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche erstreckten.

Ein gemeinsames Band dieser Aktivitäten war stets auch die Information über die Verfolgung der Juden in Deutschland und Europa sowie die Unterstützung des Kampfes gegen die Nationalsozialisten. Letzteres fiel nach dem Ende der Terra-Diktatur (1938) in Uruguay politisch auf fruchtbareren Boden. Zwar blieb das Land im Zweiten Weltkrieg zunächst neutral, die Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland verschlechterten sich jedoch zusehends. 1942 wurden die diplomatischen Beziehungen zu den Achsenmächten abgebrochen und am 22. Februar 1945 erklärte Uruguay schließlich dem Deutschen Reich den Krieg.

Zusätzlich zu den Solidaritätsnetzwerken beschreibt Sonja Wegner die verschiedenen Konfliktlinien des Lebens in der Emigration. Die Auslandsdeutschen fungierten auch in Uruguay größtenteils als Fünfte Kolonne der Nationalsozialisten, die Deutsche Schule in Montevideo war gleichgeschaltet und nur wenige der nicht-jüdischen Deutschen stellten sich gegen den Nationalsozialismus. Ein weiterer politischer Konflikt entzündete sich nach dem Hitler-Stalin-Pakt am Verhältnis zur Sowjetunion und der Kommunistischen Partei. Zusätzlich zu diesen politischen Konflikten fanden sich innerhalb der jüdischen Emigranten aber auch zusehends Unstimmigkeiten über die Ausrichtung der Gemeinde; zwischen den Generationen sowie insbesondere nach dem Ende des 2. Weltkrieges über die Frage der Rückkehr nach Deutschland. De facto blieben die meisten jüdischen Exilanten entweder in Uruguay bzw. anderen südamerikanischen Ländern oder wanderten in die USA oder in den neuen Staat Israel aus. Die Rückkehr nach Deutschland war für die meisten angesichts der erlebten Diskriminierung und Verfolgung sowie des Verzichts der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit keine Option. Exemplarisch wurde die Möglichkeiten der personellen Kontinuitäten in der BRD der uruguayischen Öffentlichkeit im Jahr 1957 durch die Affäre Globke vor Augen geführt. Anlässlich des ersten Lufthansa-Direktflugs zwischen Frankfurt und Montevideo sollte der damalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt und ehemalige Jurist im Reichsinnenministerium Hans Globke, der verschiedene anti-

semitische Gesetze mitentworfen hatte, als Redner zum Festakt nach Montevideo kommen. Das Buch von Sonja Wegner behandelt die Reaktionen auf den geplanten Besuch Globkes ebenso wie die Auswirkungen der zivil-militärischen Diktatur in Uruguay (1973-1985), die für einige der deutsch-jüdischen Emigranten ein abermaliges Exil bedeuteten.

Aus wissenschaftlicher Perspektive ergänzt das Buch von Sonja Wegner, das aus ihrer Dissertation am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin hervorgegangen ist, die Geschichte des jüdischen Exils und fügt sich in eine stärkere Beachtung Uruguays als Auswanderungs- und Exilland ein. Im Jahr 2010 ist etwa auf Spanisch eine umfassende Geschichte des spanischen Exils in Uruguay von 1814-1978 von Luis Romero Largo, Manuel Suárez González und Rogelio Martínez Barreiro erschienen. Bei Sonja Wegners Buch handelt es sich um eine Einzelfallstudie, die auf eine breite Diskussion der reichhaltigen Forschungsliteratur zum Thema der deutsch-jüdischen Emigration zugunsten einer facettenreichen und differenzierten Darstellung des Exils in Uruguay verzichtet. Es gelingt der Autorin auf knapp 350 Seiten mit großer Detailtreue das deutsch-jüdische Exil in Uruguay zu beschreiben. Dabei schließt sie weniger eine Forschungslücke, sondern stellt vielmehr eine Fülle von Materialien zur Verfügung, die weitere Arbeiten auch in stärker vergleichender Perspektive aufnehmen könnten. In dem Buch gibt Sonja Wegner immer wieder einzelnen Lebensgeschichten breiten Raum. Es gelingt ihr damit ein plastisches Bild sowohl der verzweifelten Suche nach Fluchtmöglichkeiten als auch des – oftmals beschwerlichen – Alltags in der Emigration zu zeichnen. Politisch verdeutlicht sie dabei implizit die Bedeutung einer liberalen Asyl- und Einwanderungspolitik. Nur so konnte ein fremdes, unbekanntes Land zunächst Schutz vor Verfolgung bieten und schließlich für viele zur neuen Heimat werden.

Stefan Peters

Dr. Stefan Peters ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel.

FÜR EINEN ORT DER ERINNERUNG AN DIE OPFER DER NS-LEBENSRAUMPOLITIK IN OSTEUROPA!

Seit zwanzig Jahren wird für eine immer breitere Öffentlichkeit in der Bundesrepublik deutlich, dass außer den Millionen jüdischer Opfer, die im Zentrum der nationalsozialistischen Mordpolitik standen, weitere Millionen Menschen in Osteuropa Opfer der NS-Vernichtungspolitik wurden. Diese Einwohner Polens und der Sowjetunion wurden entsprechend der nationalsozialistischen Ideologie als „rassisch minderwertige“ Slawen zu einer rechtlosen Masse erklärt, die millionenfach getötet oder nach Osten vertrieben werden sollte. Rassismus und Lebensraumideologie bestimmten Kriegführung und Besatzungsherrschaft.

Schon 1939 wurden Angehörige der polnischen Bildungsschicht in Konzentrationslager verbracht oder erschossen. Die Kriegsplanung sah 1941 für die Sowjetunion ausdrücklich vor, dass „mehrere zehn Millionen“ verhungern sollten. Zuerst realisiert wurde diese Planung an den sowjetischen Kriegsgefangenen – im ersten Kriegsjahr starben zwei von drei Millionen Gefangenen. Zehntausende von ihnen wurden ausgesondert und nach den Richtlinien des „Kommissarbefehls“ direkt hinter der Front erschossen oder in den Konzentrationslagern ermordet. Mehr als drei Millionen Gefangene überlebten den Krieg nicht.

800 000 Leningrader verhungerten durch die deutsche Blockade, die Planung hatte den Tod aller drei Millionen Einwohner der Stadt vorgesehen. In Polen und der Sowjetunion wurden hunderte Dörfer samt ihren Einwohnern bei Anzeichen auch nur geringen Widerstandes vernichtet. In systematisch leergeraubten „Kahlfraßzonen“ wurden in der Sowjetunion Hunderttausende dem Hungertod überantwortet. Beim Warschauer Aufstand 1944 wurden wahllos mehr als hunderttausend unbewaffnete Einwohner erschossen, 600 000 Menschen wurden deportiert.



All dies wurde in der Konfrontation des Kalten Krieges verschwiegen oder als Nebenwirkungen eines harten und grausamen Krieges relativiert. Unterdrückt blieb das Wissen, dass ein Massenmord an Millionen Menschen mit Vorbedacht geplant und ausgeführt wurde. Diese Opfer wurden in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Gedächtnis an die Verbrechen des Nationalsozialismus weitgehend ausgeschlossen.

Erinnern wir an sie! Schaffen wir dort, wo Denkmäler an andere Opfer des Nationalsozialismus erinnern, im Berliner Tiergarten, einen Erinnerungsort für diese Millionen. Das uns bis heute fremd gebliebene Denkmal für die im Kampf gegen die NS-Herrschaft gefallenen Rotarmisten aus dem Jahre 1945 soll sinnvoll ergänzt werden. Errichten wir gegenüber, auf der anderen Seite der Straße des 17. Juni, einen Ort zur Erinnerung und zum Gedenken an diese vielen Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Unterstützen Sie diesen Aufruf!

Peter Jahn

Dr. Peter Jahn, der Initiator dieses Aufrufes, hat von 1995 bis 2006 das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst geleitet.

PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

zu beziehen über die Geschäftsstelle

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

Berlin 2013

12,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Gute Geschäfte. Kunsthandel in Berlin 1933-1945

3. Auflage, Berlin 2013

20,00 Euro

Verraten und verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945

3. Auflage, Berlin 2010

5,00 Euro

Final Sale. The End of Jewish Owned Businesses in Nazi Berlin

Berlin 2010

5,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2. verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945

Berlin 2006

5,00 Euro

Gedenktafeln in Berlin.

Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus 1991–2001

Christiane Hoss / Martin Schönfeld, Berlin 2002

5,00 Euro

HAYMATLOZ. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro

CD-ROM 5,00 Euro

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Tel. +49(0)30-263 9890 39
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christine Fischer-Defoy Vorsitzende
Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender
Christine Kühnl-Sager stellvertr. Vorsitzende
Ursula Büchau
Marion Goers
Dr. Matthias Haß
Dr. des. Gerd Kühling
Angelika Meyer
Monica Puginier

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien
in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

MK Druck

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Jahresbeitrag Vereinigungen:
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse
BLZ 10050000
Konto Nr. 610012282

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82
BIC: BELADEBEXXX

Bildrechtenachweis

- Titel Bettina Kubanek, Berlin
S. 4 Christine Kühnl-Sager, Berlin; Marion Goers, Berlin
S. 5 Angelika Becker, Berlin; Christine Kühnl-Sager, Berlin
S. 7 Bundesarchiv, Koblenz, Bild Nr. 183-86686-0008
S. 8 The Wiener Library, London
S. 13 Akademie der Künste, Berlin, Archiv
S. 15 aus: Norbert Weitel u.a.: Wilmersdorf. Alltag und
Widerstand im Faschismus, Berlin 1983, S. 53
S. 18 Christine Kühnl-Sager, Berlin

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de